

Solidarität

Organ des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Erscheint alle vierzehn Tage Sonntags. — Preis vierteljährlich 50 Pfennige. — Anzeigen, die dreizehntägige Bezugszeit 20 Pfennige; Anzeigen, den Arbeitsmarkt betreffend, 10 Pfennige. — Sämtliche Postanstalten nehmen Abonnements an. — Eingetragen unter Nr. 7069 im Post-Zeitungsregister.

Mittheilungen des Verbands- vorstandes.

Laut Beschluß der Zahlstellen findet die zweite Generalversammlung unseres Verbandes in den Tagen vom 28. bis 30. März 1902 statt.

Als Tagungsort ist Berlin und als Lokal das Gewerkschaftshaus vorgesehen.

Als provisorische Tagesordnung schlägt der Verbandsvorstand vor:

1. Tätigkeits- und Kassenbericht des Verbands-
vorstandes.
2. Situationsberichte der Zahlstellen.
3. Allgemeine Anträge.
4. Statuten-Vorathung.
5. Presse.
6. Remuneration des Vorstandes und Redakteurs.
7. Neuwahl des Vorstandes und Redakteurs.
8. Verschiedenes.

Die Zahlstellen-Vorstände werden nun ersucht, etwaige Anträge zur Generalversammlung baldigt an den Verbandsvorstand einzufenden. Als spätester Termin zur Einbringung ist der 25. Januar cr. zu betrachten und wird es wohl jeder Zahlstelle möglich sein, bis zu angeführtem Tage zu den Anträgen Stellung nehmen zu können. Von den Zahlstellen, die bis zur angegebenen Zeit Anträge nicht gestellt haben, nimmt der Verbands-
vorstand an, daß sie Anträge nicht zu stellen haben und wird in der am 2. Februar 1902 erscheinenden „Solidarität“ die Veröffentlichung der eingegangenen Anträge erfolgen.

Der Verbandsvorstand.
J. A.: Carl Wittig.

An die Ortsvorstände!

In letzter Zeit ist es wiederholt vorgekommen, daß einzelne Ortsverwaltungen an Kollegen, welche zwar bezugsberechtigt, aber auf der Reise sind, die Arbeitslosen-Unterstützung ausbezahlt haben. Wir machen nun darauf aufmerksam, daß Letzteres nur geschehen kann, wenn sich diese Kollegen sechs aufeinander folgende Tage an einem Orte, wo eine Zahlstelle besteht, aufhalten haben und daß es unstatthaft ist, die einzelnen Tage, die die Kollegen an verschiedenen Orten arbeitslos waren, zusammen zu ziehen. Es würde dadurch künstlich eine Reise-Unterstützung geschaffen, die einzuführen der letzte Verbandstag einstimmig ablehnte.

Diejenigen Zahlstellen, welche das 1. Quartal noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, dieses umgehend zu thun, indem sonst deren Veröffentlichung erfolgen muß.

Der Verbandsvorstand.

Berichtigung—Leipzig.

In Nr. 1 der „Solidarität“ berichtigt Kollege Schulze-Leipzig: Die Arbeitslosen-Unterstützung dieser Zahlstelle habe nicht, wie im Jahresbericht angegeben sei, 58 Mk., sondern 17 Mk. betragen. Dazu ist zu

bemerkten: In der Abrechnung vom 1. Quartal des verfloffenen Geschäftsjahres ist seitens der Ortsverwaltung Leipzig die Summe von 46 Mk. als Arbeitslosen-Unterstützung angegeben. Es hat sich nunmehr herausgestellt, daß in dieser Summe eine Gemäßregelten-Unterstützung von 41 Mk. enthalten ist. Da nun, wie oben angegeben, die Ortsverwaltung Leipzig diese beiden Posten zusammengezogen hat, mußte folglich angenommen werden, daß die Gesamtsumme tatsächlich Arbeitslosen-Unterstützung sei und wurde demgemäß als solche im Jahresbericht gebracht. Somit hat die Ortsverwaltung Leipzig es sich selbst zuzuschreiben, wenn derartige Irrthümer vorkommen.
D. Loda hl, Verbandskassier.

Ein „Friedensdepartement der Arbeit.“

Eine Aufsehen erregende Nachricht brachte der Telegraph Mitte Dezember aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika, — nämlich die Konstituierung eines Friedensdepartements, mit der Aufgabe der Verhütung von Streiks und Förderung des Friedens zwischen Kapital und Arbeit. Das ist an sich nichts Außergewöhnliches, denn Anläufe dazu hat es bereits in den verschiedenen industriellen Ländern gegeben, und es wäre höchstens verwunderlich, daß die „praktischen Yankee-Kapitalisten“ sich trotz Mißgeschicks aller derartigen Veruche auf eine solche unfruchtbare Idee einließen. Aber diese Idee scheint nicht eine solche der amerikanischen Kapitalisten gewesen zu sein, sondern der Plan einiger Gewerkschaftsführer, denn anders läßt sich sowohl das phänomenartige Stattfinden der Friedenskonferenz, als auch die hervorragende Mitwirkung dieser Gewerkschaftsführer schwer erklären. Damit stehen auch die Ausführungen Gompers im Einklange, welcher erklärte, daß die Arbeiter mit dieser Friedensbewegung einverstanden seien: „Sonst hätten wir Ihnen dieselbe nicht empfohlen. Es war das Bestreben beider Parteien (Kapital und Arbeit), den Arbeitern Nutzen zu bringen, und die ganze Bewegung wird zum Abschluß von Verträgen führen, auch dort, wo bisher Feindseligkeiten geherrscht haben. Wir haben an diesem Werke längere Zeit gearbeitet. Wir wollen Verträge mit den Arbeitgebern, mehr Lohn, kürzere Arbeitszeit und bessere Bedingungen für die Arbeiter.“

Wenn wirklich die Initiative zu dieser Friedenskonferenz von den Arbeiterführern ausging, dann erscheint das Verhalten der Unternehmervertreter und der sonstigen „neutralen“ Mitwirkenden in völlig anderem Lichte. Dann war es von ihrer Seite her kein sozialpolitischer Utopismus mehr, sondern praktische Unternehmenspolitik, zu dieser Friedensdemonstration die Hand zu bieten, da sie dadurch einen nicht zu unterschätzenden Einfluß auf die Gewerkschaften der Arbeiter erlangten und ihnen „im Namen des industriellen Friedens“ leicht Beschränkungen zumuthen könnten, die für diese verhängnisvoll werden können. Doch berichten wir zunächst über die Thatsachen. Am 17. Dezember trat in Newyork unter dem Vorsitz des Millionärs Straus, eines Philanthropen, auf Anregung der „National Civic Federation“ eine Gesellschaft von Politikern, Geistlichen, Unternehmern und Arbeiterführern zusammen, zwecks Berathung von Maßnahmen zur Verhütung der folgenreicheren Kämpfe zwischen Kapital und Arbeit. Nach der Diskussion, an der sich u. a. die Gewerkschaftsführer Sar-

gent (Bruderschaft der Lokomotivführer), Gompers (Präsident der American Federation of Labor) und Mitchell (Präsident der Miners) beteiligten, wurde auf Antrag Sargents ein Komitee von je zwölf Vertretern der Unternehmer, Arbeiter und neutralen Männer eingesetzt, deren Auswahl der Ernennung durch Herrn Straus vorbehalten blieb. Derselbe ernannte folgende Personen zu Mitgliedern des Friedenskomitees:

a) Arbeitgeber: Carl Hanna; Charles Schwab (Präsident des Stahltruffs); Collman (Präsident der American Lokomotive Co.); Ch. A. Moore (Präsident des Werkzeugtruffs); J. D. Rockefeller jun. (Standard Oil Co.); S. S. Breeland (Präsident der Metropolitan Straßenbahn-Co.); Lewis Nixon (Präsident der Crescent Schiffswerft); A. Chambers (Präsident des Glasstruffs); Will. S. Wheeler (Präsident der National-association der Maschinenfabrikanten); P. Knuttschnitt (Präsident der Süd-Pazifik-Bahn); P. Ripley (Präsident der Atchinson-, Topeka und Santa Fe-Bahn) und W. B. Marks (Präsident der Kleiderfabrikanten-Association).

b) Arbeiter: Sam. Gompers (Präsident der American Federation of Labor); John Mitchell (Präsident der Bergleute); Frank P. Sargent (Präsident der Lokomotivführer); James Duncan (Sekretär der Granitsteinarbeiter); Dan. J. Keefe (Präsident der Eisenarbeiter); W. Fox (Präsident der Eisenformier); Jam. J. Lynch (Präsident der Intern. Typographen); Chas. E. Clark (Großmeister der Straßenbahnkondukteure); Henry White (Sekretär der Schneider); W. McArthur (Redaktor des Seemanns-Journals) und Jam. O'Connell (Präsident der Maschinisten).

Neutrale (Publikum): Grover Cleveland (Ex-präsident der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika); Corn. A. Nihj (Bankier); Ch. Fr. Adams (ehemaliger Präsident der Union Pacific-Bahn); Bischof John Ireland; Ch. W. Elliot (Präsident der Harvard-Universität); Franklin W. Beigh (Spezerei-Großhändler); Jam. A. Eckels (ehemaliger Controller); J. J. McCool (Anwalt für Korporationen); J. G. Milburn (Abokat in Buffalo); Ch. J. Bonaparte (Beamter, Mitglied der französischen Präsidentenfamilie); D. S. Straus (Millionär) und W. Casley (Sekretär der Civic Federation).

Zur Charakterisirung einiger dieser Persönlichkeiten sei folgendes bemerkt: Carl Hanna, bekannt als Politiker in McKinley's Regierung, dessen rechte Hand er war, hat sich um die Organisation der amerikanischen Kapitalisten als politische Partei der Republikaner und um die Vertretung ihrer Interessen hervorragende Verdienste erworben. Er ist Mitbegründer der Straßenbahn in Cleveland und von Minen in Virginia, die ihre Arbeiter und Angestellten zu Hungerlöhnen ausbeuten. Charles Schwab, der Gewaltige des Stahltruffs, ist ein abgefagter Feind der Gewerkschaften; er hielt selbst auf dem Friedensmeeting eine von Haß gegen diese erfüllte Rede, die Carl Hanna Gelegenheit bot, die Nothwendigkeit und Nützlichkeit der Gewerkschaften zu betonen und sich als Gönner der „organisirten Arbeiter“ aufzuspielen. Ihn (Schwab) wird vor Allem der Abbruch der Verhandlungen mit der Stahlarbeiter-Union zugeschrieben, der im letzten Jahre den Ausbruch des gewaltigen Stahlarbeiter-Streiks herbeiführte. Dieser Mann dürfte darnach wie kein Anderer zum Friedensherold und Schiedsrichter geeignet sein. Expräsident Cleveland steht in gutem Andenken seit dem großen Eisenbahnstreik, wo er die Bundesstruppen auf die

Streifenden schießen ließ. Die übrigen Unternehmer sind als rücksichtslose Vertreter der Kapitalisten bekannt. Von den „Neutralen“ sind vier Kapitalisten, drei vom Großkapital abhängige Personen, zwei Beamte, einer Geistlicher, einer Privatbeamter und einer Expräsident.

Und diese illustre Gesellschaft, in der den zwölf Arbeitervertretern mindestens 20 offenbare Kapitalvertreter gegenüberstehen, soll künftig den Frieden zwischen Kapital und Arbeit fördern.

In der Erklärung des Komitees, das den Namen „Industrial Department der National Civic Federation“ führt, heißt es:

„Zweck und Ziel dieses Departements soll sein, den industriellen Frieden zu fördern, zwischen Arbeitgebern und Arbeitern gerechte Beziehungen zu gestalten, durch seine guten Dienste zu vermitteln, Streiks und Lockouts zu verhüten und zu verhindern und dort industrielle Beziehungen zu etablieren, wo Differenzen bestanden.

„Zu jeder Zeit sollten Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber, organisierte sowohl als nichtorganisierte, behufs Beilegung von Differenzen oder Streitigkeiten konferieren, ehe es zu einem Bruch gekommen ist, um auf diese Weise Streiks oder Lockouts zu vermeiden, sowie deren Zahl zu vermindern.

„Der Abschluß von gegenseitigen Verträgen betreffs der Bedingungen, unter welchen Arbeit verrichtet wird, soll ermutigt werden, und wenn ein derartiger Vertrag abgeschlossen ist, sollen die Bedingungen von beiden Parteien genau nach den Klauseln und im Sinne des Kontrattes innegehalten werden.

„Dieses Departement soll auf Eruchen, entweder als ganzes Komitee, oder, wenn ein Subkomitee ernannt wird, als Forum für die Beilegung von Differenzen oder für die Fällung von Entscheidungen in Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Arbeitgebern fungieren, vorausgesetzt, daß die Sache nach Ansicht des Komitees wichtig genug erscheint.

„Dieses Departement wird keine abstrakten industriellen Probleme in Erwägung ziehen.

„Dieses Departement wird nicht die Macht für irgend welche Vermittlung übernehmen, außer wenn beide in einem Streit begriffenen Parteien demselben diese Macht übertragen.

„Dieses Departement soll behufs Regulierung Nebengesetze annehmen.“

Zum Präsidenten des Komitees wurde Carl Hanna ernannt; das einflusslose Präsidium wurde der Arbeitergruppe überlassen und Sam. Gompers damit beehrt. Zum zweiten Vizepräsidenten wurde der Millionär Straus, zum Schatzmeister der Trustritter Moore und zum Sekretär Casley von der Civic Federation erkoren. In das Subkomitee, dem die Ausarbeitung von Nebengesetzen obliegt, wurden 4 Kapitalisten (je 2 aus der Arbeitgeber- und „neutralen“ Gruppe) und zwei Arbeitervertreter (Gompers und White) gewählt. Der Sitz des Komitees ist in New-York. Ueber das Vorgehen des Komitees erklärte Carl Hanna: Man dürfe nicht denken, daß eine vollständige Umwälzung der gegenwärtigen Verhältnisse zwischen Kapital und Arbeit unternommen, noch ein Zwangsschiedsgericht eingeführt werden solle. Das Manifest sei mehr eine bloße Prinzipienklärung.

„Das Erste, was in dieser Angelegenheit zu thun ist, wäre eine nähere Verbindung der anscheinend entgegengesetzten Faktoren, um dies dann als Fundament für unsere Bestrebungen zu benutzen. Ich bin kein Neuling mehr in diesem Geschäft. Während der vergangenen 40 Jahre habe ich Arbeiter aller Gewerbe beschäftigt. Meine erste Erfahrung mit organisierter Arbeit war im Jahre 1874, und seit dieser Zeit habe ich ihre Entwicklung, Ausbreitung und ihre schließlichen Erfolge beobachtet. Arbeiterorganisationen sind entstanden, um zu bleiben, und wenn mit dem Kapital verbunden, wird es im Stande sein, alle Differenzen, welche zwischen beiden Faktoren bestehen mögen, schnellstens und für immer zu beseitigen. Während wir nicht erwarten, daß von nun an alle Streiks vermieden werden, so können sie doch durch die Thätigkeit des Komitees auf ein Minimum reduziert werden. Die Vorschläge des Komitees müssen angenommen werden, da die Interessen der beiden Klassen niemals getrennt werden können.“

In der amerikanischen Gewerkschaftswelt begegnet indeß diese Friedensaktion sehr gemischten Gefühlen, und neben Skeptizismus fehlt es nicht an scharfer Kritik gegen die Theilnahme von Gewerkschaftsführern an derselben. In der Central Federated Union in New-York kam es bereits am 23. Dezember

zu scharfen Auseinandersetzungen über einen Antrag, der Sam. Gompers auffordern soll, einen offiziellen Bericht über die Friedensaktion zu geben. Obwohl der Vorsitzende der Union den Antrag zurückwies, mit der Erklärung, Gompers habe in dieser Angelegenheit nicht die Gewerkschaften vertreten und die Union habe daher kein Recht zu einem solchen Verlangen, trotzdem andere Verteidiger ausführten, Gompers habe der Konferenz nur beigewohnt, um zu ermitteln, ob dadurch irgend ein Kanal für schiedsgerichtliche Beilegung der Differenzen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber eröffnet werden könne, und obwohl das Ganze als persönliche Angelegenheit Gompers' dahingestellt wurde, so wurde der Antrag dennoch angenommen. Die Konferenz wurde als „Friedenskomödie“ gekennzeichnet.

Was Gompers und seine Mitwirkenden zur Theilnahme an einer solchen, trotz ihrer einflussreichen Akteure für die Arbeiter fruchtlosen Aktion veranlaßt, das ist nur aus ihrer Feindschaft gegen gesetzliche Einigungsämter und Zwangsschiedsgerichte und aus ihren Antipathien gegen Politiker und Parteien verständlich. Einem Artikel im Novemberheft des „American Federationist“, der die Friedensliebe der Arbeiter, ihre Abneigung gegen Streiks und ihr Eintreten für Organisation, Vergleich und freiwillige Schiedsgerichte hervorhebt, wäre unter gewöhnlichen Verhältnissen selblich agitatorischer Werth beigemessen worden; nach der Konferenz mit den Trustmagnaten gewinnt er indeß eine programmatische Bedeutung, und da ist es gewiß von Interesse, zu erfahren, wie Gompers in diesem gleichzeitig als Festartikel in einer hauptstädtischen Zeitschrift erschienenen Aufsatz das Streitproblem behandelt. Er schreibt in dem Festartikel unter der Ueberschrift: „Warum sollen Arbeit und Kapital ausgeteilt sein“, im „American Federationist“ aber unter dem Titel: „Die organisierte Arbeit, ihre Kämpfe, ihre Feinde und faulen Freunde“: „Wie Kapital und Arbeit miteinander verflochten werden können, darüber braucht man sich keine Grillen zu machen, denn sie sind eines und dasselbe. Wie Arbeiter und Kapitalisten miteinander auskommen können, ist jedoch vollständig im Bereich der Untersuchung. Es ist dieses ein Thema, dem Beide (Arbeiter und Kapitalisten) ihre Aufmerksamkeit zuwenden, und Forscher über volkswirtschaftliche Fragen sowohl als Förderer der gesellschaftlichen Wohlfahrt ihre besten Gedanken widmen sollten. Es mag dieses zu dem Schluß führen, daß trotz dem Varn, der uns umtobt, und den Zusammenstößen, die gelegentlich vorkommen, eine beständige Neigung zu einem Vergleich zwischen den Arbeitern und den Kapitalisten, zwischen den Arbeitgebern und Arbeitnehmern, vorhanden ist, der ununterbrochene Erzeugung und Verteilung der Güter und ebenfalls höchster Grundzüge halber für das Allgemeinwohl des ganzen Volkes.“

Seine Menschengruppe beklagt Streiks mehr, als die organisierten Arbeiter und ist es eines ihrer Hauptbestrebungen, deren Zahl zu vermindern, wenn nicht ganz und gar aufzuheben. Denkende Menschen haben aber keine Sympathie mit den blöden Schimpereien und Verdamnungen, die ihnen dierthalben von Versuchspolitikern, durchgefallenen Schulmeistern, verworrenen Theoretikern, den offenen und geheimen Feinden der Arbeiter, zu Theil werden.“

Dier tritt uns neben dem Betonen der gleichen Friedensneigung zwischen Kapitalisten und Arbeitern der Haß gegen Klassenkampfdoktrinen und Arbeiter mit voller Schärfe entgegen. Der Artikel wird beherrscht vom Mißtrauen gegen gesetzliche und politische Beeinflussung der Arbeiterkämpfe und von der Auffassung politischer, sozialer, wirtschaftlicher und moralischer Unabhängigkeit der Arbeiter. Einer solchen Anziehung kann der Gewerbe, mit den Kapitalvertretern direkt in Verbindung zu treten, um mit ihnen gemeinsam über gewerbliche Streitigkeiten zu entscheiden, nicht fern liegen. Wer in den Konflikten zwischen Kapitalisten und Arbeitern nichts Anderes als gelegentliche Meinungsverschiedenheiten über diese oder jene Arbeitsbedingung erblickt, über die die Betreffenden nicht einig werden können, der greift nach dem Phantom eines Friedensgerichts, das solche Konflikte verbüßt.

Wir zweifeln nicht daran, daß die an der Friedensaktion beteiligten Arbeitervertreter ein edles Ideal zu vertreten meinen und auch nur das Beste für die Gewerkschaften und die Arbeiterchaft beabsichtigen. Ihnen einen Verrath der Arbeiterinteressen zu unterziehen, wie es temperamentvolle,

sozialistische Parteiorgane drüben thun, wäre ebenso absurd, als sie der Dummheit zu zeihen, daß sie nicht fähig seien, die Arbeiterinteressen zu vertreten. Wenn ein Duzend von Gewerkschaftsführern in sehr verantwortungsvoller Stellung sich an einer solchen Aktion betheiligen, so wissen sie ebenso, was sie thun, als auch, wie sie ihr Handeln zu verantworten haben. Trotz alledem kann der Weg, den sie beschritten haben, dennoch für die Arbeiter nur mehr nachtheilig, als vorteilhaft sein, und er ist es, unserer Ueberzeugung nach, weil er die Entscheidung über die Kämpfe der Arbeiter in eine von Unternehmern weit mehr beherrschte, als von den Arbeitern beeinflusste Körperlichkeit legt und zugleich eine das Wesen dieser Kämpfe verkennende Auffassung predigt, die grundverworfen von der kapitalistischen Auffassung der Streiks ist. Wo die Harmonie zwischen Kapital und Arbeit gepredigt wird, da hat das rücksichtslos sein Interesse durchsetzende Kapital leichtes Spiel. Die numerisch stärkste Gewerkschaft der Arbeiter wird zum Fangball seiner Diplomatie. Nur die Erkenntniß der Gegenwärtigkeit zwischen Kapital und Arbeitsinteressen erzieht die allezeit kampfbereite Arbeiterchaft, die eiferfüchtig und selbstbewußt ihr Ansehen und ihre Interessen wahrt.

Daß Vergleiche und Schiedsgerichte auch auf dieser Basis möglich sind und Streiks nicht die Regel bilden, beweisen die Erfahrungen der Gewerkschaften in England und Deutschland. Es ist aber ein prinzipieller Unterschied, im Konfliktsfalle einen Schiedsgericht anzunehmen oder ihn herbeizuführen gegenüber dem gemeinsamen Friedensbündnis mit Trustmagnaten zur Verhinderung von Streiks. Das Erstere bedeutet für die gerüstete, im Kampfe befindliche Arbeiterchaft eine wenigstens theilweise Anerkennung ihrer erhobenen Forderungen, — das Letztere führt zum Verzicht auf die Durchführung von Forderungen, also zum Schutze der Unternehmer gegen Verbesserungen der Arbeitsbedingungen. Dies erklärt auch die Bereitwilligkeit, mit der selbst wüthende Gewerkschaftsgegner, wie Schwab u. A. sich an der Friedensaktion betheiligen, um so mehr, als nach den übereinstimmenden Berichten zahlreicher amerikanischer Gewerkschaften im Jahre 1901 eine außerordentlich günstige Geschäftslage wahrgenommen war und demzufolge in zahlreichen Betrieben bedeutende Lohnerhöhungen durchgeführt wurden, und die Aussichten für das begonnene Jahr nicht minder günstig sind. Wir zweifeln zwar nicht daran, daß die amerikanischen Gewerkschaften sich nicht so leicht die Hände binden und mit Friedenssympathien abspielen lassen werden. Aber dann wird auch die Wirkung des Friedenskomitees eine äußerst geringe sein. Die Vermittlung, die diese unnatürliche Allianz in den Kreisen der vielschäftigen und schwer lenkbaren Arbeitermassen anrichten muß, wird größer und schädlicher sein, als alle erhofften und thatsächlichen moralischen und sonstigen Erfolge auf diesem Wege.

Selbst ein Vertreter der zu doktrinären Anschauungen so wenig neigenden englischen Gewerkschaften, Ben Tillet, der mit Chambers gemeinsam zur Konvention der „American Federation of Labor“ in Scranton delegiert war, verurtheilt entschieden die Theilnahme der Gewerkschaftsvertreter an diesem Friedenskomitee. In einem von ihm in New-York gehaltenen Vortrag über: „Die Trusts und die Arbeiter“ tabelte er unter lebhaftem Beifall die Arbeiterführer, die nach solchen Konferenzen hingenen und Leute wie Carl Hanna als Arbeiterfreunde bezeichneten. Wenn die Arbeiter klassenbewußt wären, würden sie sich gar nicht auf derartige Konferenzen einlassen. Schwab habe seine Meinung frei und offen erklärt, und nun läge es an den Arbeitern, ihren Standpunkt einzunehmen und in derselben rücksichtslosen Weise vorzugehen, wie es die Kapitalisten thun.

Die deutschen Gewerkschaften haben allezeit den in diesen Worten Ben Tillet's verfochtenen Standpunkt eingenommen, u. A. auch der von bürgerlichen Sozialpolitikern zusammengelegten „Gesellschaft für soziale Reform“ und bürgerlichen Arbeiterversammlungen gegenüber. Sie würden es mit Hohn abweisen, in einem Friedenskomitee mit Vuel, Reumer, Krupp, Hege, Siemens, Blohm, Felisch und gleichgesinnten Elementen über die Verbindung künftiger Streiks zu diskutieren oder gar ein allgemeines Schiedsgericht mit diesen Herren zu bilden.

Die besonderen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und historischen Verhältnisse eines Staates bleiben niemals ohne Rückwirkung auf die wirtschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiterklasse desselben. Dies erklärt, weshalb die englische Gewerkschaftsbewegung andere Eigentümlichkeit zeigt als die deutsche, die amerikanische andere als die ihr nächstverwandte englische und diese drei wieder andere als die in romanischen Ländern. Es ist deshalb nicht leicht, ohne Weiteres über die Entwicklung der Gewerkschaften eines anderen Landes ein Urteil zu fällen. Aber so groß sind diese Unterschiede nicht, daß sie die grundlegenden Verhältnisse der Arbeiterbewegung so umzulehren vermöchten, wie man annehmen möchte, um die Taktik der amerikanischen Gewerkschaftsführer zu rechtfertigen. Sie können nie dafür Erklärung bieten, daß sich die Arbeiter eines dieser industriellen Länder für eine Friedensallianz mit den typischen Kapitalvertretern begeistern könnte, und am wenigsten könnte dies auf die transatlantische Meilenrepublik mit ihren Milliarden- und Millionenträts, mit ihrer korrupten Klassenherrschaft, mit ihren Vergewaltigungen der Arbeiterorganisationen, mit ihrer Verachtung des Beschäftigten zutreffen. Alle diese Thatsachen predigen den Massenkampf und die Organisation der Arbeiter als Klasse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete, und diese natürliche Logik wird sich schließlich auch den amerikanischen Gewerkschaften aufdrängen, trotz aller Friedensschwärmereien der Unternehmer und ihrer Geschäftsmacher.

(Correspondenzblatt d. G.-S.)

Noch einmal die Zentralisation in den Unterstützungskassen.

Die verschiedenen irrigen Auffassungen und Schlüsse, welche sich bei den verschiedenen Artikelschreibern in Bezug auf meinen Artikel in Nr. 23, Wünsche zum Verbandstag, gezeigt haben, veranlassen mich zu einer kurzen Erwiderung. So sagt der Artikelschreiber — ? —, daß, wenn meine „Wünsche“ verwirklicht würden, der Verband in materieller und ideeller Weise Schaden erleide! Ja, daß die geschaffenen Institutionen der Berliner Zahlstellen I und II, wie Arbeitsnachweis, ständige Bureaus u. s. w. sofort eingehen würden, oder aber der Zentralvorstand, um diese Institution zu halten, die Beiträge um 150 pCt. erhöhen müßte. Aber in aller Welt, was haben die Berliner Einrichtungen mit der von mir empfohlenen Zentralisation der Unterstützungskassen zu thun. Gelegt den Fall, der Verbandsvorstand würde eine Erhöhung der Unterstützungssätze eintreten lassen, unter gleichzeitiger Forderung, daß alle lokalen Kassen in Wegfall kämen, und der Beitrag, der bis dahin in dieselben gezahlt wurde, als entsprechende Erhöhung der Zentralkasse zuzuführen sei, dann hätten doch die Berliner weiter nichts zu thun, als denjenigen Betrag, den sie bisher in die lokale Kasse für Unterstützungszwecke abführten, der Zentralkasse zu überweisen, der übrige Beitrag aber würde nach wie vor zur Bestreitung der anderen Einrichtungen zu dienen haben. — Man wird mir doch auf jeden Fall zugestehen müssen, daß die niedrig bemessenen Unterstützungssätze kein agitatorisches Zugmittel in den indifferenten Kollegenkreisen bilden, und aber auch gleichzeitig einsehen sind, lokale Zuschußstellen nicht in der Lage sind, lokale Zuschußstellen zu errichten und zu halten! Wohl aber könnten die Mitglieder einen etwas höheren Beitrag entrichten, um so des Segens einer Unterstützung theilhaftig zu werden. Daß hier allerdings die großen Mitgliedschaften in gewisser Beziehung ein Opfer bringen würden, ist ja klar, aber bei unseren Anschauungen von Solidarität und des „Einer für Alle und Alle für Einen“ doch eigentlich selbstverständlich. Meiner Meinung nach gehen eben jetzt noch zu große Summen in den lokalen Kassen für Verwaltung u. s. w. verloren, die bei zentralistischer Leitung der Gesamtheit mehr zu Gute kommen könnten. Wenn z. B. in Dresden eine lokale Zuschußkasse besteht, so müssen die Beiträge gesondert geführt, gesucht, verrechnet werden: für diese Arbeit ist eine Entschädigung zu zahlen, Schreibmaterial anzuschaffen, Bücher, Statuten u. s. w., so daß ein Teil der Beiträge dafür schon ausgegeben wird, und die Unterstützungssätze werden der kleinen Mitgliedschaft wegen lächerlich gering sein. Dagegen ist bei Abführung der Summe an die Zentralkasse eine Erhöhung und zwar

eine bedeutende Erhöhung seitens derselben möglich, ohne daß sich die Verwaltungskosten dadurch erhöhen, denn diese bleiben dieselben, ob nun 3 Mk. ausgezahlt werden oder 5 Mk., das ist die Liniensatz meiner ganzen Ausführungen, zu zentralisieren, um die Verwaltungskosten zu vereinfachen und dafür den Unterstützungssatz im Allgemeinen zu erhöhen. Wenn nun Kollegin Striegel glaubt, aus meinem Artikel herauslesen zu müssen, ich sei der Ueberzeugung, daß die lokalen Kassen hemmend wirken, so ist sie im Irrthum. Ich habe nur gesagt, daß dann, wenn lokale Kassen, wie z. B. in Leipzig, nicht mehr lebensfähig sind, und aufgegeben werden müssen, die Mitglieder, die lediglich aus materiellen Gründen in dem Verband waren, verliert, und so der Verband selbst mehr Schaden erleidet, als durch diese Kassen Nutzen gestiftet wurde. Ja, wird man mir einwenden, in Leipzig handelte es sich nun um Kranken-Unterstützung, mit einer solchen stehe ich ebenfalls nicht auf so freundschaftlichem Fuße! Aber, wie steht es denn bei der jetzt herrschenden Krise mit den lokalen Arbeitslosen-Unterstützungskassen? Es dürfte doch auch bei diesen der Fall eintreten, daß bei der herrschenden kolossalen Arbeitslosigkeit diese Kassen nicht mehr im Stande sind, ihre Verpflichtungen zu erfüllen! Was dann? Dann müssen die Mitglieder eben mit der 3 Mark-Verbandsunterstützung zufrieden sein, die für einen lebigen Kollegen gerade zur Bestreitung der Kosten seiner Schlafstelle genügen; was aber beginnt der Verheirathete, der noch 2—4 Kinder hat? Und wenn die Nothwendigkeit der Erhöhung der Verbandsunterstützung mir ja zur Ueberzeugung wurde, so habe ich dies gerade aus dem Artikel der Kollegin Striegel erkennen müssen, welche nachweist, daß Berlin schon früher höhere Unterstützungssätze zahlte, als wie jetzt der Verband. Darum, Kollegen und Kolleginnen, seien Sie überzeugt, daß ich aus ehrlichem Herzen heraus meinen Wünschen Ausdruck gegeben, und sorgen Sie dafür, daß wir auf unserem Verbandstag zu einem erhöhten einheitlichen Unterstützungssatz in unserer Arbeitslosenkasse kommen. Meines Erachtens dürfte als empfehlenswerth zu betrachten sein, eine stufenweise Form der Arbeitslosen-Unterstützung in folgender Weise herbeizuführen: Bei einer Mitgliedschaft von 52 Wochen pro Tag 70 Pf.; bei einer Mitgliedschaft von 104 Wochen pro Tag 90 Pf.; bei einer Mitgliedschaft von 156 Wochen pro Tag 1 Mk. oder 1.10 Mk. Das wäre das Prinzip des gerechten Ausgleiches, das derjenige, der jahrelange treue Verrichtung seiner Pflichten gezeigt, auch dementsprechende Rechte genießt.

D. Str., Dresden.

Korrespondenzen.

Zahlstelle Breslau. Bericht der Mitgliederversammlung vom 15. Dezember 1901. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung gegen 7/8 Uhr. Trotzdem diese Versammlung Sonntag Nachmittags, wo jeder Kollege Zeit hat, einberufen, war dieselbe so schwach besetzt, wie dies seit langer Zeit nicht der Fall war. Die Tagesordnung lautete: 1. Verlesung des Protokolls. 2. Aufnahme neuer Mitglieder. 3. Verbands- und örtliche Angelegenheiten. 4. Anträge zum nächsten Verbandstag. 5. Mittheilungen. 6. Verschiedenes. Der Schriftführer, Kollege Reinhold, verlas das Protokoll der letzten Versammlung, welches ohne irgend welche Einwendungen angenommen wurde. Beim 2. Punkte, Aufnahme neuer Mitglieder, hatte sich ein Kollege gemeldet. Alsdann wurde zum 3. Punkte der Tagesordnung übergegangen und zunächst der langersehnte Brief vom Verbandsvorstande verlesen. Die Kollegen fanden darin die Antwort auf die vor langer Zeit gestellte Anfrage des Kollegen Abend. Näher auf diese Antwort einzugehen, erübrigt sich. Dann machte der Vorsitzende die Kollegen auf den wieder geänderten neuen Kopf unserer Zeitung aufmerksam, und verlas die vorläufig aufgestellte Tagesordnung des nächsten Verbandstages. Unter örtlichen Angelegenheiten sollten diejenigen Kollegen verlesen werden, welche mehr wie vier Wochenbeiträge schuldten. Es konnte aber davon Abstand genommen werden, da mehrere der Restanten bezahlten. Zum 4. Punkte der Tagesordnung wurden, weil zu wenige Kollegen erschienen waren, keine Anträge gestellt außer einem vom Vorsitzenden und zwar: Antrag der Zahlstelle Breslau: Der nächste Verbandstag möge geeignete Mittel und Wege finden, um dahin wirken zu können, daß der Verband aller in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands von Seiten der betreffenden Arbeitgeber anerkannt wird. Unter „Verschiedenem“ wurde beschlossen, die Versammlungen den Winter über

immer Sonntags, und nur im Gewerkschaftshause, abzuhalten. Schluß der Versammlung 7 1/2 Uhr.

B. W.

Bremen. Am Sonntag, den 12. Januar 1902, fand eine Generalversammlung mit folgender Tagesordnung statt. 1. Abrechnung vom 2. Quartal und Bericht der Revisoren. 2. Die Erhöhung der Preise für Druckarbeiten und der Löhne der Buchdrucker. 3. Verschiedenes. Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung Abends 6 1/2 Uhr. Zum 1. Punkte der Tagesordnung verliest der 1. Kassirer die Abrechnung vom 2. Quartal. Aus derselben ist wieder eine mäßige Fortwärtigung unserer Zahlstelle zu ersehen. Daraus geben die Revisoren ihren Bericht und bekunden, Bücher und Kasse in vollständiger Ordnung befunden zu haben. Von den Mitgliedern werden keine Ausstellungen gemacht, worauf der Vorsitzende die Abrechnung für genehmigt erklärt. Der 2. Punkt der Tagesordnung ruft eine anregende Erörterung hervor, welche hauptsächlich von Nutzen für die Mitglieder der Zahlstelle Bremen sein wird. Der Vorsitzende giebt hierzu folgenden Bericht: Nachdem die neue Tarifvereinbarung der Buchdrucker mit dem 1. Januar in Kraft getreten sei, wonach den Gehilfen eine Lohnerhöhung von 7 1/2 pCt. zugestimmt worden, hätten auch die Buchdruckerprinzipale Veranlassung genommen, das Publikum hiervon in Kenntniß zu setzen und gleichzeitig eine Erhöhung der Preise für Druckarbeiten hiermit begründet. Leider wäre aber in den meisten Druckereien dabei nicht an die Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen gedacht; soweit dem Vortragenden bekannt sei, hätten nur zwei Firmen, Luer & Co. und Pröhl, freiwillig dem Hilfspersonal eine Lohnzulage von 1 Mark pro Woche gewährt. Es sei jetzt Aufgabe des Hilfspersonals, das auch diesem die ihnen mit Recht zustehende Lohnerhöhung zu Theil werde. Auch für das Hilfspersonal seien die Lebensmittel, Wohnungsmieten usw. theurer geworden, auch wir wollen dahin kommen, einmal annähernd menschlich leben zu können, was bei den jetzigen Löhnen in den meisten Fällen nicht möglich sei. Es wird nun beschlossen, da wo es irgend möglich sei, auf Lohnerhöhung bezügliche Eingaben an die Herren Prinzipale einzureichen und sollen diese Eingaben mit der Unterschrift des Hilfspersonals, auch des nicht organisierten versehen werden. Für später soll ein diesbezügliches Bitturak für sämtliche Druckereien vorbereitet werden. Unter Verschiedenem wird noch beschlossen, dem Kollegen B. der möglichste nächstens arbeitslos wird, aus der Ortskasse drei Mark Unterstützung zu bewilligen, da demselben aus der Verbandskasse noch keine Unterstützung zusteht. Der nächste Ball wird wahrscheinlich Anfang März und zur Abwechslung im oberen Saale des Kasino stattfinden. Näheres hierüber wird den Mitgliedern nächstens bekannt gegeben. Hierauf erfolgt Schluß der gubezüglichen Versammlung um 8 1/2 Uhr.

E. H.

Mannheim. 14. Januar. Wie allgemein bekannt sein dürfte, wurde in der am 15. Dezember v. J. stattgehabten Versammlung beschlossen, unter Bezug auf die den Buchdruckern am 1. Januar 1902 bewilligte Lohnerhöhung auf die Prinzipalität mit der Bitte einer kleinen Lohnzulage (10 pCt.) für ihr schlecht bezahltes Hilfspersonal heranzutreten. Wir sind heute in der Lage, konstatieren zu können, daß in den meisten hiesigen Druckereien (Lohnbüchsen eine) eine kleine Erhöhung des Lohnes um 5—10 pCt. eintrat. Es ist dies immerhin als ein kleiner Erfolg zu verzeichnen und kann deshalb nicht dringend genug gerathen werden, der Organisation beizutreten. Zum Schluß sei noch bemerkt, daß in der am 23. Februar stattfindenden Versammlung Kollegin Thebe aus Berlin über das Thema: „Macht und Schwäche der Gewerkschaften“ referiren wird, und ist es Pflicht aller, in Buch- und Steindruckereien beschäftigten Personen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Näheres wird noch zu gegebener Zeit durch Einladungen bekannt gegeben.

F. A.

Rundschau.

Der Verband Deutscher Buchdrucker wird seine 4. Generalversammlung im Monat Juni in München abhalten. — Partitische Arbeitsnachweise wurden bisher errichtet in Hannover, Freiburg i. B., Frankfurt a. M., Stuttgart, München, Nürnberg, Halle a. S., Altenburg, Breslau und Berlin.

Thure Bücher. Aus Amerika wurde vor einiger Zeit über ein in Vorbereitung befindliches „Buch des Reichthums“ berichtet, welches aus zehn Theilen mit zusammen 1000 Seiten bestehen und in 400 Exemplaren gedruckt werden soll. 150 Exemplare bilden die Luxusausgabe für je 10000 Mk., die übrigen kosten je 4000 Mk. Dieses seltsame, eine Abhandlung über den Reichthum enthaltende Buch hat Hubert Bancroft, Leiter einer Chicagoer Verlegerfirma, zum Verfasser. Die vielen Millionäre und Milliarden Amerikas können sich ein solches in altgold Armureseide gebundenes, mit Aquarell-

